

# **Hochschulbeihilfestelle RWTH Aachen**

## **Leitfaden zur Beihilfe in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen Beihilfenverordnung NRW – BVO – Stand: 01.01.2012**

## **Vorbemerkung:**

Nachstehend folgt eine kurze Übersicht über Art und Umfang des derzeit geltenden Beihilfrechts.

Zu ausgewählten Themen des Beihilfrechts finden Sie weitere Informationen auf unserer Internetseite unter Punkt B. „Merkblätter“.

Die Ausführungen sollen jeweils nur einen groben Überblick geben und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Rechtsansprüche jeglicher Art lassen sich aus diesen Hinweisen nicht herleiten.

In Zweifelsfällen wenden Sie sich bitte an die zuständigen Ansprechpartnerinnen.

## **A. Allgemeines:**

Beihilfen i. S. d. Beihilfeverordnung NRW sind unterstützende Fürsorgeleistungen des Dienstherrn zum teilweisen Ausgleich der in Krankheitsfällen entstehenden Kosten.

Die Beihilfen ergänzen lediglich die aus den Dienstbezügen zu treffende Eigenvorsorge.

Der Erstattungsanspruch des beihilfeberechtigten Privatpatienten gegenüber der Beihilfestelle richtet sich auf der Grundlage der Beihilfeverordnung einschließlich der ergänzenden beihilfrechtlichen Bestimmungen sowie ebenfalls nach den Vorschriften der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ), bzw. der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ).

Es ist zu beachten, dass stets nur die notwendigen und angemessenen Kosten als beihilfefähig anerkannt werden können. Dies gilt auch dann, wenn keine besondere Begrenzungs- oder Ausschlussregelung in der BVO enthalten ist.

Bei der Beihilfebeantragung kann es daher in Einzelfällen zu einer nicht vollständigen Anerkennung der vorgelegten Rechnungen kommen.

## **B. Voraussetzung für die Gewährung von Beihilfen**

Grundsatz: Die Gewährung von Beihilfen ist abhängig von der Zahlung laufender Bezüge

Ausnahmen: Elternzeit und Beurlaubung aus familienpolitischen Gründen

1. Der Antragsteller muss für mindestens ein Jahr beschäftigt sein oder mindestens ein Jahr ununterbrochen im öffentlichen Dienst tätig sein.
2. Tarifbeschäftigte, deren Arbeitsverhältnis nach dem 31.12.1998 begründet wurden, haben keinen Beihilfeanspruch.
3. Praktikanten, wiss. und stud. Hilfskräfte, geringfügig Beschäftigte und Auszubildende, haben ebenfalls keinen Beihilfeanspruch.

### **Hinweis: Teilzeitbeschäftigte Beamte**

Beihilfen werden nicht gewährt, wenn die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit durchschnittlich weniger als die Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten beträgt.

Im Falle einer unterhältigen Teilzeit aus familienpolitischen Gründen und während der Elternzeit bleibt der Beihilfeanspruch grundsätzlich bestehen, sofern nicht die Möglichkeit einer Familienversicherung nach § 10 SGB V besteht.

## C. Verfahren

1. Die Beihilfen sind unter Verwendung folgender Formulare von dem Beihilfeberechtigten bei der Hochschulbeihilfestelle zu beantragen:

**Antrag auf Gewährung einer Beihilfe**  
**Antrag auf Gewährung einer Beihilfe in Pflegefällen**

2. Die geltend gemachten Aufwendungen müssen 200,00 € je Antrag übersteigen. Wird in 10 Monaten diese Summe nicht erreicht, so kann eine Beihilfe gewährt werden, wenn die Aufwendungen 15,00 € übersteigen.
3. Die Aufwendungen müssen während der Dienst-/Beschäftigungszeit entstanden sein.
4. Die Beihilfe muss innerhalb eines Jahres nach Entstehen der Aufwendungen, spätestens jedoch ein Jahr nach der ersten Ausstellung der Rechnung beantragt werden. Aufwendungen gelten im Zeitraum der Behandlung durch den Arzt, des Einkaufs von Arzneien oder der Lieferung eines Hilfsmittels als entstanden. Arztrechnungen und Zahnarztrechnungen müssen die Diagnose sowie den Stempel und die Unterschrift des Ausstellers enthalten. Bei einer Rechnungsstellung durch die Privatärztliche Verrechnungsstelle kann darauf verzichtet werden.
5. Da die Beihilfefestsetzung mit IT-Unterstützung erfolgt, wird auf die Vorlage von Originalbelegen verzichtet.
6. Bei erstmaliger Antragstellung Privatkrankenversicherter ist ein aktueller Versicherungsnachweis vorzulegen, bei Versicherten in einer gesetzlichen Krankenkasse ist immer ein Erstattungsnachweis der Krankenkasse beizubringen.

## D. Anspruch und Berechnung der Beihilfe

Beihilfeanspruch besteht:

- für den Antragsteller selbst
- für den nicht selbst beihilfeberechtigten **und wirtschaftlich unselbständigen** Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner des Beihilfeberechtigten. **Eine wirtschaftliche Unselbständigkeit liegt vor**, wenn der Gesamtbetrag der Einkünfte [§ 2 Absätze 3 und 5a des Einkommensteuergesetzes EStG - zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. März 2009 - des Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartners im Kalenderjahr vor der Antragstellung 18.000 Euro nicht übersteigt. Bei erstmaligem Rentenbezug ab 1. Januar 2004 ist dem Gesamtbetrag der Einkünfte die Differenz zwischen dem steuerlichen Ertragsanteil und dem Bruttorentenbetrag hinzuzurechnen.

- für nicht selbst beihilfeberechtigte Kinder, für die der Antragsteller oder der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner/ die eingetragene Lebenspartnerin Kindergeld erhält, bzw. die im Familienzuschlag berücksichtigt werden oder berücksichtigungsfähig sind. Dies gilt auch für Kinder, die sich in einer Ausbildung befinden und nur wegen der Höhe ihrer Einkünfte nicht berücksichtigt werden.

Ist ein Kind bei mehreren Beihilfeberechtigten im Familienzuschlag berücksichtigungsfähig oder ist bei verheirateten oder in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden Kindern neben dem beihilfeberechtigten Elternteil der Ehegatte **oder der eingetragene Lebenspartner des Kindes beihilfeberechtigt, so wird eine Beihilfe zu den Aufwendungen des Kindes nur einem von ihnen zu bestimmenden Berechtigten gewährt; die Bestimmung kann nur in Ausnahmefällen neu getroffen werden.**

**Hinweis: Tarifbeschäftigte, deren Arbeitsverhältnis vor dem 01.01.1999 begründet wurde, haben einen eingeschränkten Beihilfeanspruch.** Es besteht in der Regel lediglich ein Anspruch auf Zuschuss zur Säuglings -und Kleinkinderausstattung und für Aufwendungen für Zahnersatz und Zahnkronen. (siehe Merkblatt „Tarifbeschäftigte“).

Die **Berechnung** der zustehenden Beihilfe richtet sich nach dem jeweils geltenden Bemessungssatz desjenigen, bei dem die Aufwendungen entstanden sind. Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Merkblatt „Bemessungssatz“.

Maßgeblich sind die Verhältnisse zum Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen.

Beihilfe und Versicherungsleistungen dürfen die tatsächlichen Aufwendungen nicht übersteigen! Daher müssen alle Leistungen der Krankenversicherung nachgewiesen werden. Bei Quotentarifen (Prozenttarifen) genügt in aller Regel eine Bestätigung über die Höhe des Versicherungsschutzes (Vorlage einer Bescheinigung oder eines Versicherungsscheines).

### **Teilzeitbeschäftigte Tarifbeschäftigte**

Die Berechnung der Beihilfe für teilzeitbeschäftigte Tarifbeschäftigte ist zunächst nach den allgemeinen Vorschriften wie für einen Vollzeitbeschäftigten vorzunehmen. Die danach errechnete Beihilfe ist anteilig entsprechend der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit festzusetzen. Es gilt die vereinbarte Wochenarbeitszeit zum Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen.

### **E. Kostendämpfungspauschale**

Die auszahlende Beihilfe ist je Kalenderjahr in dem die Aufwendungen entstanden sind, entsprechend den persönlichen Verhältnissen ( Besoldungsgruppe, Anzahl berücksichtigungsfähiger Kinder) um einen Betrag bis zu 750,00 € zu kürzen. Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem Merkblatt „Kostendämpfungspauschale“.

## F. Beihilfefähige Aufwendungen

Erstattungsfähig sind grundsätzlich die notwendigen und angemessenen Aufwendungen. Es ist jedoch zu beachten, dass die Beihilfenverordnung in vielen Bereichen Einschränkungen hinsichtlich der Erstattungsfähigkeit (z. B. von wissenschaftlich noch nicht anerkannten Heilbehandlungen) vorgibt.

In Zweifelsfällen ist zu empfehlen vor Beginn einer geplanten Maßnahme mit der Hochschulbeihilfestelle Kontakt aufzunehmen.

Beihilfefähig sind grundsätzlich Aufwendungen für:

- Ärztlich verordnete Arzneimittel
- Ärztliche Behandlungen
- Ambulante Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen
- Zahnärztliche Behandlungen
- Kieferorthopädische Behandlungen
- Heilpraktische Behandlungen
- Stationäre Aufenthalte im Zweibettzimmer unter Anrechnung von Selbstbehalten
- Chefarztbehandlungen unter Anrechnung von Selbstbehalten
- Hilfsmittel
- Impfungen
- Krankenwagentransporte
- Heilbehandlungen
- Überführungskosten im Todesfall
- Leistungen im Pflegefall
- Psychotherapien
- Stationäre Rehabilitationsmaßnahmen

Nähere Ausführungen, z.B. hinsichtlich der Beihilfefähigkeit von bestimmten Medikamenten, Therapien und Hilfsmitteln, bzw. bezüglich erforderlicher Voranerkennungsverfahren (stationäre Rehabilitationsmaßnahmen, ambulante Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen, Ambulante Psychotherapie, etc.) durch die Hochschulbeihilfestelle, finden Sie in den Merkblättern zu ausgewählten Themen.

## G. Belastungsgrenze

Ab dem 01.01. 2010 dürfen Selbstbehalte nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 Satz 7 (40% für zahntechnische Leistungen) und § 4 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 und 3 (Selbstbehalt Wahlleistung Krankenhausbehandlung) sowie die Kostendämpfungspauschale nach § 12 a BVO im Kalenderjahr insgesamt **2% der Bruttojahresdienstbezüge oder Bruttojahresversorgungsbezüge** nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen des Beihilfeberechtigten (Belastungsgrenze) nicht überschreiten.

Anmerkung: Diese Beträge sind mit Ausnahme der Kostendämpfungspauschale nur in Höhe des Beihilfebemessungssatzes nach §12 BVO NRW zu berücksichtigen.

Maßgebend für die Feststellung der Belastungsgrenze sind die jährlichen Bruttobezüge **des vorangegangenen Kalenderjahres**.